

Franz Traxler

Arbeitsmarktregulierung zwischen Marktzwängen
und industrieller Demokratie.

Auf dem Weg zu einem europäischen Modell? 179

Christoph Schmitt

Einkommensverteilung und Einkommensungleichheit im Vergleich:

Deutschland und die USA in den 80er und 90er Jahren..... 201

Sabine Weiland

Nachhaltige Entwicklung in Europa.

Zur Notwendigkeit eines ökologischen Sozialmodells 233

Angelika von Wahl

Sozialdemokratisch, liberal, konservativ ... oder europäisch? –

Wohin entwickeln sich die Gleichstellungsregime in der EU? 257

Zu den Autorinnen und Autoren

Call for Papers für das Jahrbuch 2001:

Fußball als Massenphänomen

Einleitung:

Sozialmodell Europa. Eine konzeptionelle Annäherung

Andreas Aust, Sigrid Leitner und Stephan Lessenich

1. Zur politischen Konjunktur des „Europäischen Sozialmodells“

Spätestens seit seiner Popularisierung durch Jacques Delors Mitte der 90er Jahre hat der Begriff des „Europäischen Sozialmodells“ Karriere als politisch-normativer Gegenentwurf namentlich zum Wirtschafts- und Gesellschaftssystem US-amerikanischer Prägung gemacht. Werden die Vereinigten Staaten aus europäischer Sicht gerne – im Guten wie im Schlechten – zum prototypischen Vertreter eines ‚Kapitalismus pur‘ stilisiert, so präsentiert sich Europa selbst als gesellschaftspolitisches Gegen-Modell, das wirtschaftliche Dynamik mit sozialem Ausgleich zu verbinden versucht und versteht – oder jedenfalls in der Vergangenheit erfolgreich zu vereinbaren verstanden hat.

Die Genese und die Entwicklung des Konzepts „Europäisches Sozialmodell“ (ESM) ist in dem doppelten Kontext der krisenhaften Wirtschaftsentwicklung in Europa seit Beginn der 1980er Jahre und des fortschreitenden Prozesses der Europäischen Integration (Binnenmarkt und Währungsunion) zu sehen. Von neoliberalen Positionen aus wurden seit Anfang der 80er Jahre der Wohlfahrtsstaat und die regulierten Arbeitsmärkte als entscheidende Faktoren für die Wachstumsschwäche und die ansteigende Massenerwerbslosigkeit in Europa ausgemacht („Eurosclerose“). Politisch wirkungsmächtig wurden diese Kritiken durch die konservativen Regierungen v.a. in den USA und in Großbritannien (Borchert 1995). Gegen die Rezepturen von „Reaganomics“ und „Thatcherismus“ entdeckten die Kritiker dieser Politik ein gemeinsames europäisches normatives Erbe, das Europäische Sozialmodell, welches es gegen die liberalen Attacken zu verteidigen gelte. Die Wahrnehmung einer gemeinsamen sozialen Tradition wurde verstärkt durch die Dis-

kussion über die Europa angemessene politische und ökonomische Ordnung, die seit der Lancierung des Binnenmarktprojektes auf der Tagesordnung steht. Insbesondere von dem Kommissionspräsidenten Jacques Delors wurde das Europäische Sozialmodell propagiert, um den Prozeß der europäischen Integration über die reine Marktintegration des Binnenmarktprojektes 1992 hinauszutreiben und diesem eine soziale Dimension zu verleihen (Ross 1995; Kuper 1997). Seit Mitte der 90er Jahre ist der Begriff fester Bestandteil der Selbstbeschreibung der Europäischen Union. In dem „Weißbuch Sozialpolitik“ der Kommission von 1994 wird das europäische Gesellschaftsmodell durch eine Reihe gemeinsamer Wertvorstellungen charakterisiert. Genannt werden in diesem Zusammenhang Demokratie, persönliche Freiheitsrechte, Tariffreiheit, Chancengleichheit für alle sowie soziale Sicherheit und Solidarität:

„Die Klammer, die all diese [...] Grundwerte miteinander verbindet, ist die Überzeugung, daß wirtschaftlicher und sozialer Fortschritt Hand in Hand gehen müssen“ (Kommission 1994: 5; vgl. auch: Jacquemin/Wright 1993, insbes. 125-129).

Nachdrücklich wird die neoliberale Krisendiagnose abgelehnt, wonach der Wohlfahrtsstaat über wachstumsbeeinträchtigende Wirkungen für die sozio-ökonomische Krise verantwortlich sei. Im Gegenteil wird in einem hohen sozialen Standard auch eine Ressource für ökonomische Prosperität gesehen (Kommission 1994: 6). Die Regierungen der EU, mit Ausnahme der konservativen Regierungen in Großbritannien, haben – wie die Sozialcharta der EG von 1989, die Präambel des Sozialprotokolls 1991 und die Aufnahme des Sozialprotokolls in den Amsterdamer Vertrag 1997 dokumentieren – diese normative Ausrichtung ausdrücklich unterstützt (Kowalsky 1999). Der jüngste Sondergipfel der EU in Lissabon im März 2000 war explizit der Suche nach einer Strategie gewidmet, die wirtschaftliches Wachstum fördert und gleichzeitig sozialen Ausgleich gewährleistet. Ein Blick auf die Diskussion im Vorfeld des Gipfels zeigt, daß sich mittlerweile alle Regierungen positiv auf das ESM als normative Verpflichtung beziehen, daraus aber unterschiedliche konkrete Politikentwürfe ableiten (vgl. Aust 2000).

Mittlerweile beginnt nun das politische Schlagwort vom Europäischen Sozialmodell auch in die sozialwissenschaftliche Debatte zu diffundieren (vgl. hierzu auch den Review-Essay in diesem Band). In verschiedenerlei – positiv-bejahender oder negativ-distanzierter – Hinsicht und mit durchaus unterschiedlicher Absicht – einer identitätsbewahrenden Reform oder aber eines radikalen Paradigmenwechsels – wird hier zunehmend auf das Konzept Bezug genommen, freilich ohne hinreichende inhaltliche Spezifizierung. Welcher analytische Gehalt aber kommt dem Begriff des Europäischen So-

zialmodells tatsächlich zu? Durch welche Merkmale läßt sich dieses Modell – jenseits der plakativen Formel vom ‚Wohlstand für alle‘ – in Abgrenzung zu anderen Modellen konkret charakterisieren? Welche Nationen sind Teil des Europäischen Sozialmodells, mit welchen länderspezifischen Eigenarten und Differenzen? Der vorliegende Sammelband soll zur Diskussion dieser Fragen anregen und Raum bieten für eine unterschiedlichen – historischen, ökonomischen, politologischen und soziologischen – Perspektiven folgende Annäherung an das Phänomen „Europäisches Sozialmodell“.

2. Das „Europäische Sozialmodell“ in der sozialwissenschaftlichen Rezeption

Der größte Teil der bisherigen Literatur zum Europäischen Sozialmodell benutzt den Begriff lediglich als Schlagwort oder diskutiert die Zukunft ‚des‘ Europäischen Sozialmodells vor einer genauen Bestimmung seines Gehalts und seiner Eigenart. Die Mehrzahl der Autoren, die sich um eine Antwort auf den analytischen und empirischen Gehalt des Konzepts bemühen, halten sich relativ eng an den, aus der politischen Diskussion vorgegebenen, normativen Kern des Europäischen Sozialmodells und fragen, ob es in Europa tatsächlich in besonderer Weise gelungen ist, ökonomischen Erfolg und sozialen Ausgleich zu verbinden. Der Blick fällt daher in erster Linie auf die Entwicklung des Wohlfahrtsstaats in Europa, der als politische Institutionalisierung eines „Gesellschaftsvertrags“ (Rhodes/Mény 1997), als „heimliche Geschäftsgrundlage des Nachkriegskontraktes“ (Kowalsky 1999: 341), interpretiert wird. Hier wird das ESM implizit mit einer spezifisch europäischen Form des „Wohlfahrtskapitalismus“ identifiziert, die von außereuropäischen Formen abgesetzt werden kann. Regelmäßig werden in diesen Arbeiten (v.a. Grahl/Teague 1997; Therborn 1997; Gough 1998; Ferrera u.a. 2000) der besondere Charakter des europäischen Wohlfahrtsstaats (staatliche Verantwortung, umfassender Einzugsbereich, relativ großzügige Leistungen, starke Umverteilungseffekte) und die Struktur der Arbeitsbeziehungen (starke Interessenverbände und koordinierte Aushandlungsprozesse) als spezifisch „europäisch“ herausgestellt. In der Tat lassen sich für diese Indikatoren Daten aufzeigen, die eine Abgrenzung von den USA oder auch Japan erlauben. So verweist Scharpf darauf, daß ökonomische Prosperität in allen Ländern (EU-) Europas mit einer tendenziellen Erhöhung der Sozialausgaben einhergeht.

Für die außereuropäischen Länder zeigt sich dieser Zusammenhang nicht oder nur in einem deutlich schwächeren Ausmaß. Scharpf sieht hierin den Ausdruck eines „latenten Konsenses unter den Mitgliedstaaten der Union [...], demzufolge die relative Bedeutung des Sozialstaats [...] zunehmen soll, wie der Wohlstand eines Landes steigt“ (Scharpf 1999: 159). Ergänzt werden diese Charakteristika teilweise durch den Verweis auf eine spezifisch europäische Form des Kapitalismus, den sogenannten „rheinischen“ (oder auch: „koordinierten“ und „institutionellen“) Kapitalismus, der von einem „angelsächsischen“ („unkoordinierten“ und „liberalen“) Typus unterschieden wird (Albert 1991, 1998; Soskice 1990, 1999). Albert betont als Eigenschaften des „rheinischen Modells“ ebenfalls den Wohlfahrtsstaat und die kollektiven und kooperativen Arbeitsbeziehungen, fügt aber zwei weitere Charakteristika hinzu. Der „rheinische“ Kapitalismus zeichnet sich demzufolge durch ein Unternehmenskonzept des „stakeholder value“ aus, dem es um die gleichzeitige Beachtung der Interessen von Kunden, Arbeitnehmern und Aktionären geht, während der sog. „shareholder-Kapitalismus“ eine primäre Verantwortung gegenüber den Geldgebern – in anglo-amerikanischen Ländern zumeist die Aktionäre – institutionalisiert hat. Die besondere Rolle der Banken (gegenüber der Börse) bei der Unternehmensfinanzierung im „rheinischen“ Modell unterstützte zumindest bislang diese Unternehmensausrichtung. Diese drei Faktorengruppen – Wohlfahrtsstaat, Arbeitsbeziehungen, Kapitalismustyp – werden schließlich für die relativ egalitäre soziale Performanz der europäischen Gesellschaften verantwortlich gemacht.

Gleichzeitig zeigt sich aber beim Vergleich mit den USA eine deutlich schlechtere Beschäftigungsentwicklung in den meisten europäischen Ländern. Das höhere amerikanische Beschäftigungsniveau geht dabei mit einer ungleicheren Einkommensverteilung einher. Häufig wird zwischen diesen beiden Indikatoren ein kausaler Zusammenhang gesehen und als „insider-outsider-Problem“ primär der kontinentaleuropäischen Nationen diskutiert (u.a. OECD 1994; Esping-Andersen 1990, 1996; Scharpf 1999). In dieser Perspektive dreht sich die Debatte über das Europäische Sozialmodell um die Frage, ob zum Abbau der Arbeitslosigkeit in Europa dem anglo-amerikanischen Weg einer Deregulierung der Märkte und Reduktion der wohlfahrtsstaatlichen Leistungen gefolgt werden muß oder ob es politische Strategien gibt, die sowohl einen hohen sozialen Standard aufrechterhalten als auch neue Beschäftigungsfelder erschließen.

Während es also durchaus einige plausible Hinweise auf die Existenz eines spezifisch europäischen Sozialmodells gibt, relativieren oder bestreiten andere Autoren den Nutzen des Konzeptes ESM mit Verweis auf die Studien Esping-Andersens. Dieser hat aufgezeigt, daß die Wohlfahrtsregime fortge-

schriftener Industriegesellschaften sich in verschiedene „Welten des Wohlfahrtskapitalismus“ mit ganz unterschiedlichen Leitideen, Organisationsmustern und sozialen Verteilungswirkungen aufspalten (Esping-Andersen 1990, 1999; vgl. kritisch dazu: Leitner 1999, Lessenich/Ostner 1998). Aus diesen unterschiedlichen Strukturen ergäben sich auch regimespezifische Problemlagen, die nicht nur auf dieser Abstraktionsebene analysiert, sondern auch entsprechend differenziert politisch bearbeitet werden müßten (Baldwin 1996; Scharpf 1999; Ferrera 1998; Ferrera u.a. 2000). Die gegenüber außereuropäischen Ländern konstatierbaren Unterschiede – sprich: die Gemeinsamkeiten der europäischen Nationen – wären demnach im wesentlichen ein statistisches Kunstprodukt (vgl. dazu Crouch 1999: 393-409). Crouch verweist aber seinerseits auf eine Besonderheit der europäischen Gesellschaften gegenüber den USA in ihrem historischen Umgang mit gesellschaftlicher Vielfalt. In Europa wurde Diversität von den Eliten lange Zeit als Bedrohung der gesellschaftlichen Einheit betrachtet. Die schließlich notwendig werdende Anerkennung der sozialen Vielfalt mündete in stark institutionalisierte, im Extremfall ‚versäulte‘ Gesellschaftsstrukturen mit entsprechenden politischen Organisationen, während in den USA eine Vermischung der Gruppen und Kulturen typisch war („melting-pot“). Für Crouch (vgl. auch seinen Beitrag in diesem Band) wie auch für Münkler zeichnet sich Europa durch seine (institutionalisierte) Vielfalt aus:

„Deskriptive und normative Elemente zusammenfassend, wird man sagen können: Wo die Pluralität endet und die Uniformität beginnt, da endet auch Europa.“ (Münkler 1991: 539)

Einen von dieser Diskussion abweichenden und umfassenderen Versuch zur Bestimmung einer spezifisch europäischen Gesellschaftsform unternimmt schließlich Kaelble (1987, 1997; vgl. aber auch Kaelble in diesem Band). Kaelble resümiert die Ergebnisse der neueren sozialhistorischen Forschung und findet sechs Strukturelemente (in seinen jüngeren Ausführungen – 1987 hingegen waren es noch acht Merkmale) der gesellschaftlichen Entwicklung, die Europa von der außereuropäischen Welt abheben: eine spezifische Form der Familienverfassung, der besondere Stellenwert der Industriearbeit, spezifisch europäische Milieus, die Entwicklung des Wohlfahrtsstaates, die europäische Stadt und Stadtplanung sowie Besonderheiten der Massenkonsumgesellschaft. Wir teilen den Ausgangspunkt Kaelbles, wonach die Bestimmung der Charakteristika der europäischen Gesellschaft – des Europäischen Sozialmodells – breiter angelegt werden und über einen Vergleich verschiedener Wohlfahrtskapitalismen hinausgehen muß. Allerdings erscheint uns seine Auswahl der Merkmale – aus soziologischer Perspektive – zu willkürlich,

geht seine Darstellung doch allein von dem verfügbaren Wissen der sozialhistorischen Forschung aus. Wir wollen daher im folgenden, gleichsam als konzeptionelle Rahmung der Beiträge zu diesem Jahrbuch, einen eigenen, noch sehr vorläufigen und unausgereiften Vorschlag zur analytischen Annäherung an das Europäische Sozialmodell präsentieren.¹

3. Das „Europäische Sozialmodell“: Überlegungen zu einer Operationalisierung

Im Gegensatz zu der üblichen Diskussion, die primär Fragen der materiellen, v.a. wohlfahrtsstaatlichen Inhalte von Politik thematisiert, legen wir den Schwerpunkt unserer Vorüberlegungen auf die Strukturmuster der institutionellen Ordnungen in drei von uns als wesentlich betrachteten Dimensionen des Europäischen Sozialmodells: Politik, Ökonomie und Gesellschaft. In unserem Verständnis ist unter dem Europäischen Sozialmodell mehr zu begreifen als gewissermaßen nur ein Europäisches Sozialpolitik-Modell: Es geht um allgemeinere, gleichzeitig aber zu spezifizierende Charakteristika der europäischen Gesellschaften. Die zentrale Perspektive lautet: Wie und woran lassen sich – jenseits ihrer geographischen Verortung – die Gemeinsamkeiten der europäischen Gesellschaften bzw. der europäischen Gesellschaftsformation in politischer, ökonomischer und sozialer Hinsicht festmachen? Angesichts des konstatierten geringen Systematisierungs- und Konkretionsgrades der Literatur zum Europäischen Sozialmodell bedarf die Beantwortung dieser Frage eigener konzeptioneller Anstrengungen, deren Ziel es sein muß, die üblicherweise bloß formelhafte Rede vom Europäischen Sozialmodell zu überwinden.

Das ESM als idealtypische Konstruktion

Das Europäische Sozialmodell ist für uns kein real existierendes, sondern ein begriffliches Gebilde, ein „Gedankensystem“ (Weber 1988 [1904]: 198). Staaten, Nationen, auch supranationale Organisationen wie die Europäische Union mögen letztlich nur soziale Konstrukte – „imagined communities“ (Anderson 1983) – sein, und dennoch sind sie real. Das Europäische Sozial-

modell hingegen soll im folgenden als eine rein begriffliche Konstruktion, ein Idealtypus im Weberschen Sinne verstanden werden:

„In seiner begrifflichen Reinheit ist dieses Gedankenbild nirgends in der Wirklichkeit empirisch vorfindbar, es ist eine *Utopie*“ (Weber 1988 [1904]: 191; Hervorhebung im Original).

Genauer gesagt handelt es sich beim Idealtypus um eine logische (durchaus auch als ‚willkürlich‘ zu bezeichnende) Setzung, die bestimmte Merkmalskombinationen zu einer begrifflichen Einheit synthetisiert. In der Tat besteht das Hauptanliegen unseres Analysevorschlages eben darin, einen mehrdimensionalen Merkmalskatalog eines als „europäisch“ zu bezeichnenden Sozialmodells zu entwickeln und für einzelne Länder die relative Nähe zu diesem idealen Typ (in seinen verschiedenen Dimensionen) zu bestimmen. Insofern ist vorab zweierlei festzuhalten: Erstens bezeichnet die Chiffre „Europa“ hier keinen geographischen Raum, sondern vielmehr einen Eigenschaftskomplex. Das Europäische Sozialmodell ist als ein entterritorialisertes Konzept zu verstehen (weswegen sich auch außereuropäische Nationen in mancherlei Hinsicht als durchaus „europäisch“ erweisen können). Und zweitens ist das ESM keine festgefügte, klar abgrenzbare Einheit von mehr oder weniger Staaten (wie es etwa die EU ist): Allenfalls gibt es kleinere oder größere Gruppen von Staaten, die dem Idealbild, das wir „Europäisches Sozialmodell“ nennen, in dem einen oder anderen Bereich mehr oder weniger entsprechen. Zu Recht betonte Weber immer wieder, Idealtypen seien

„von stets und notwendig nur sehr relativer und problematischer Gültigkeit, wenn sie als historische Darstellung des empirisch Vorhandenen angesehen sein wollen, dagegen von hohem heuristischen Wert für die Forschung und hohem systematischen Wert für die Darstellung, wenn sie lediglich als begriffliche Mittel zur *Vergleichung* und *Messung* der Wirklichkeit an ihnen verwendet werden. In dieser Funktion sind sie geradezu unentbehrlich.“ (ebda.: 199; Hervorhebungen im Original.)

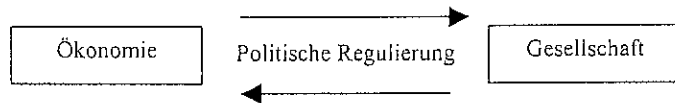
Und in dieser Funktion wollen wir uns auch des Konzepts des Europäischen Sozialmodells bedienen.

Der Regulierungsmodus des ESM

Wir sehen das Europäische Sozialmodell charakterisiert nicht nur durch eine besondere Kombination institutioneller Merkmale, sondern auch durch einen spezifischen politischen Regulierungsmodus, den wir als den „European Deal“ bezeichnen wollen. Mit der Einführung dieses Begriffs grenzen wir

uns aus zwei Gründen von der gängigen Vorstellung eines „Gesellschaftsvertrags“ ab. Zum einen erscheint uns dieser Begriff zu positiv konnotiert zu sein. Das Konzept des „European Deal“ betont dagegen die prinzipielle *Ambivalenz* der politischen Regulierung im ESM: Sie ist nicht hinreichend begriffen, wenn sie z.B. – wie in der Wohlfahrtsstaatsforschung häufig praktiziert – einseitig als Politik der „Dekommodifizierung“, der tendenziellen Befreiung von Marktzwängen, wahrgenommen wird; zu ihrem Wesen gehört vielmehr umgekehrt immer auch die mit staatlicher Herrschaftsgewalt betriebene Durchsetzung von Marktzwängen. Zudem möchten wir gegenüber dem eher normativen Begriff des Gesellschaftsvertrags den *funktionalen* Charakter der politischen Regulierung betonen – ein Aspekt, der die Figur des „European Deal“ in die Nähe jenes „mid-century social compromise“ rückt, den Colin Crouch in seinen jüngsten Veröffentlichungen analysiert hat (vgl. Crouch 1999 sowie seinen Beitrag in diesem Band). Es handelt sich beim „European Deal“ um folgende gegenläufige, gleichwohl komplementär angelegte regulative Doppelbewegung:

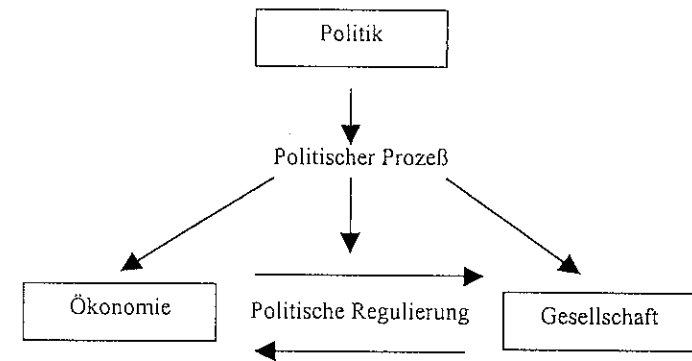
Schaubild 1:
Der „European Deal“



Zum einen erfolgt eine politische Regulierung der Ökonomie zugunsten der gesellschaftlichen Integration: Eingriffe in die kapitalistische Marktordnung und gegebenenfalls auch in Marktprozesse stärken die Position der jeweils schwächeren Marktpartei und zielen darüber hinaus auf die Bereitstellung wie Erhaltung von öffentlichen Gütern. Die staatliche Intervention in die Ökonomie umfaßt als Kernbereiche das Arbeitsrecht und Kollektivvertragsrecht, das Abgabenrecht (Steuern und Sozialabgaben) sowie die Regulierung des Kapitalmarktes. Zum anderen erfolgt eine politische Regulierung der Gesellschaft zugunsten des ökonomischen Wachstums: Durch politische Anreize und Zwänge werden einzelne Mitglieder der Gesellschaft wie auch größere gesellschaftliche Einheiten (Haushalte, Familien) ‚marktfähig‘ gemacht. Diese staatlich gesteuerte, selektive Herstellung von ökonomisch Aktiven und Inaktiven, Erwerbstätigen und Nicht-Erwerbstätigen, bedient sich vornehmlich des regulativen Instrumentariums der (Aus-)Bildungs- und Arbeitsmarkt- sowie der Sozial(-versicherungs)- und Familienpolitik.

Das charakteristische, spezifisch „europäische“ Moment dieser Doppelbewegung besteht in dem politischen Ziel eines *institutionalisierten Ausgleichs* zwischen beiden Regulierungsbereichen: eines Gleichgewichts zwischen ‚ökonomisierter‘ Gesellschaft und ‚sozialisierter‘ Ökonomie, ökonomischen und sozialen Interessen, wirtschaftlichen „Erfordernissen“ und gesellschaftlichen „Forderungen“ (vgl. Lenhardt/Offe 1977). Aus diesem Regulierungsziel leitet sich die zentrale Rolle ab, die der Politik – und namentlich staatlicher Politik – im Europäischen Sozialmodell zukommt:

Schaubild 2:
Die Politik des „European Deal“



Denn das Programm einer wechselseitigen, politisch vermittelten Indienstnahme der Ökonomie für die Gesellschaft und der Gesellschaft für die Ökonomie läßt sich nur durchführen, wenn beide Bereiche, Ökonomie und Gesellschaft, je für sich genommen hochgradig regulierte, politisch überformte soziale Komplexe darstellen (vgl. Bürgin/Maissen 1999; Greven 1999). Allerdings ist es kein purer, hierarchischer Etatismus, über den besagte Doppelintervention vollzogen wird. „Europäische“ Staatstätigkeit ist vielmehr grundsätzlich auf die Einbeziehung aller relevanten, organisierten Interessen in die politische Gestaltung von Ökonomie und Gesellschaft bedacht. In allen drei Dimensionen – in Ökonomie und Gesellschaft, aber auch in der Politik selbst – werden kollektive (politische, ökonomische, gesellschaftliche) Akteure vom regulierenden Staat als Gestaltungsinstanzen von Politik in die Pflicht genommen bzw. ins Recht gesetzt. Dies kann, je nach Lesart, wahlweise als disziplinierende Inkorporierung jener Kollektivakteure oder aber als Instrumentalisierung des Staates durch dieselben gedeutet werden. In jedem Fall aber ist die *institutionalisierte Beteiligung* organisierter Interessen

an der sozial-ökonomischen Doppelregulierung charakteristisches Moment des „European Deal“ und damit des Europäischen Sozialmodells.

Was in der einschlägigen Literatur in aller Regel – und nicht zu Unrecht – als Essenz des Europäischen Sozialmodells thematisiert wird, nämlich die wohlfahrtsstaatlichen Politiken („policies“) im weitesten Sinne, ist dann in unserer Konzeption der politisch-materielle Ausdruck jener übergreifenden regulativen Zielsetzung, die wir als „European Deal“ bezeichnen. Die interventionistische Wirtschafts- und Sozialpolitik „europäischer“ Gesellschaften ist das Instrumentarium, mit dem der Anspruch eines politischen Bedarfsausgleichs zwischen Ökonomie und Gesellschaft in die Realität umgesetzt wird. Der „europäische“ Wohlfahrts- und Interventionsstaat, seine Institutionen und Programme, sind das sichtbare – und dementsprechend umstrittene – Ergebnis der politisch regulierten Balance zwischen Ökonomie und Gesellschaft im Europäischen Sozialmodell.

Das ESM als institutioneller Komplex

Wie bereits erwähnt sollen die spezifische institutionelle Konstruktion des Europäischen Sozialmodells bzw. die verschiedenen Dimensionen „europäischer“ Institutionenbildung im Mittelpunkt unserer konzeptionellen Überlegungen stehen. Wir verstehen das ESM als ein Ensemble politischer, ökonomischer und gesellschaftlicher Institutionen, deren spezifische Verfaßtheit in engem Zusammenhang mit den soeben entwickelten Charakteristika des „European Deal“ – institutionalisierter Ausgleich und institutionalisierte Beteiligung – zu sehen ist. Unter Berücksichtigung des Ertrages der jüngeren Vergleichsliteratur zur Konstitution demokratisch-kapitalistischer Gesellschaften ist dies für die drei genannten Dimensionen – skizzenhaft und, es sei daran erinnert, idealtypisierend – folgendermaßen zu spezifizieren.

Politische Verfaßtheit. Staatliches Handeln erfolgt nach bestimmten ‚Spielregeln‘, die durch das politische Institutionengefüge einer Gesellschaft festgelegt werden. „Europäische“ Gesellschaften verfügen als parlamentarisch-parteienstaatlich verfaßte Demokratien über ein differenziertes Set von „checks“ und „balances“, welches politische Handlungsspielräume der Exekutive absteckt. Diese institutionelle Begrenzung politischer Machtausübung kann sich in unterschiedlich ausgeprägten politischen „Vetopunkten“ wie etwa einem Zwei-Kammer-System, einer föderalistischen Staatsorganisation, direktdemokratischen Verfahren oder einer autonomen Verfassungsgerichtsbarkeit manifestieren. Gemeinsam ist all diesen Elementen das im politisch-

institutionellen Gefüge angelegte Bestreben nach einem kompromißhaften Ausgleich aller relevanten organisierten Interessen. Ein verbindendes Bestimmungsmerkmal der „europäischen“ Gesellschaften besteht daher in der Etablierung von – durchaus unterschiedlich ausgeprägten – Verhandlungsdemokratien (vgl. z.B. Ismayr 1997: 46-48).

Ökonomische Verfaßtheit. Vor dem Hintergrund einer kapitalistischen Struktur des Wirtschaftssystems entwickelten sich in den „europäischen“ Ökonomien spezifische Organisations- und Kooperationsformen innerhalb und zwischen Unternehmen sowie charakteristische Finanzierungsinstrumente und -strukturen. Hinzu kommen kollektive, über das staatliche Rechtssystem einklagbare Ansprüche und Pflichten von Arbeitnehmern und Arbeitgebern. Die Zügelung des Kapitalismus durch staatliche Intervention, eine korporatistische Organisation der industriellen Beziehungen und eine pateralistische Unternehmenskultur sind komplementäre Momente der „europäischen“ Wirtschaftsverfassung (vgl. z.B. Soskice 1999). Das gemeinsame Stimmungsmoment derselben läßt sich in der Zielsetzung eines regulierten Kapitalismus ausmachen: Im Sinne eines Ausgleichs zwischen Kapital und Arbeit kommt es in den „europäischen“ Gesellschaften zur effektiven Institutionalisierung des Klassenkonflikts.

Gesellschaftliche Verfaßtheit. Die Organisation gesellschaftlicher Interessen erfolgt in demokratisch verfaßten Gesellschaften durch intermediäre Institutionen. Diese erfüllen zum einen die Funktion der Interessenbündelung und -vermittlung von ‚unten‘ nach ‚oben‘ und stellen zum anderen die Verbreitung und Vermittlung politischer Entscheidungen von ‚oben‘ nach ‚unten‘ sicher. Während die wirtschaftlichen Interessenverbände den Brückenschlag zwischen Gesellschaft und Ökonomie bewerkstelligen, verknüpfen Parteiorganisationen, Vereine und Initiativen die gesellschaftliche mit der politischen Sphäre. Typisch für „europäische“ Gesellschaften sind ein hohes Maß an gesellschaftlicher Interessenorganisation – auch jenseits der ökonomischen Sphäre – sowie die im Rahmen der politischen Verfaßtheit formalisierte Berücksichtigung organisierter gesellschaftlicher Interessen. Analog zur Institutionalisierung des Klassenkonflikts kann demnach von einer Institutionalisierung der zivilgesellschaftlichen Interessenvielfalt im ESM gesprochen werden (vgl. z.B. Crouch 1999: 393-409).

Das Europäische Sozialmodell ist folglich ein System der politischen Regulierung und Vermittlung von Ökonomie und Gesellschaft, dessen institutionelle Verfaßtheit durch Strukturen der *Konkordanz*, *Kooperation* und *Intermediarität* geprägt wird. Wir haben uns an anderer Stelle (Aust u.a. 2000) damit beschäftigt, den institutionellen Aufbau des Europäischen Sozialmodells näher zu umschreiben und die relativen Entsprechungen in der

politischen, ökonomischen und sozialen Realität entwickelter Nationen an diesem Idealtypus zu messen.² Ohne hier im einzelnen auf die Ergebnisse jener Suche nach möglichen Indikatoren und Repräsentanten eines Europäischen Sozialmodells eingehen zu wollen, scheint uns v.a. die Erkenntnis von Bedeutung zu sein, daß die europäischen Nationen nicht in einem einheitlichen Modell zusammengefaßt werden können: In den einzelnen Dimensionen entsprechen sie dem „europäischen“ Idealtypus mehr oder weniger stark. Allerdings zeichnen sich verschiedene Ländergruppen mit ähnlichen Distanz- bzw. Näheverhältnissen zum Europäischen Sozialmodell ab.³ Vermutlich ist daher auf analytischer Ebene weniger die Rede von ‚dem‘ Europäischen Sozialmodell angemessen als vielmehr die Vorstellung einer europäischen *Gesellschaftsfamilie* im Sinne historisch gewachsener, komplexer und abgestufter *Verwandtschaftsbeziehungen* zwischen jenen Nationen, die in der einen oder anderen Weise als dem Europäischen Sozialmodell zugehörig angesehen werden können (vgl. zu dieser Überlegung auch Castles 1993; Thernborn 1993; Baldwin 1996). Ziel eines weiterführenden Projektes müßte es demgemäß sein, ein differenziertes, mehrdimensionales und historisch informiertes Bild von den ‚Familienverhältnissen‘ der europäischen Gesellschaftsfamilie zu zeichnen.

4. Konturen eines Phänomens: Zum vorliegenden Band

Die Beiträge zum vorliegenden, vierten *Jahrbuch für Europa- und Nordamerika-Studien* sind in ihrer Zusammenstellung darauf angelegt, auf durchaus verschiedenen Wegen diesem Ziel einen Schritt näher zu kommen. Das Selektionskriterium der Redaktion bei der inhaltlichen Planung des Bandes war dabei ein dreifaches. Zum einen sollte das diesjährige Jahrbuch ein Forum bieten, um erste Forschungsergebnisse aus dem Umfeld des Graduiertenkollegs „Die Zukunft des Europäischen Sozialmodells“ zu präsentieren, das vor nunmehr drei Jahren seine durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft geförderte Arbeit am Zentrum für Europa- und Nordamerika-Studien aufgenommen hat. Die fünf diesem Kontext entstammenden Aufsätze (von Detterbeck, Lavranu, Schmitt, Trampusch und Weiland) werden ergänzt durch weitere fünf ‚externe‘ Beiträge aus der Feder von ausgewiesenen Expert(inn)en auf dem Gebiet der sozialwissenschaftlichen Europaforschung (Bieling, Crouch, Kaelble, Traxler und von Wahl). Zum zweiten ging es uns dar-

um, das Europäische Sozialmodell aus der Perspektive unterschiedlicher disziplinärer Sichtweisen in den Blick zu nehmen. Der Band vereint deshalb historische (Kaelble) bzw. politikhistorische (Trampusch), politikwissenschaftliche (Bieling, Detterbeck), politisch-philosophische (Lavranu), soziologische (Crouch, Schmitt, Traxler) sowie politisch-soziologische (von Wahl, Weiland) Beiträge, die auf je eigene Weise Konturen, aber auch Verwerfungen des „Europäischen“ aufscheinen lassen.

Zum dritten schließlich war die Auswahl der Beiträge von dem Gedanken geleitet, ein möglichst breites Spektrum inhaltlicher Bestimmungen der drei einleitend entwickelten Dimensionen des Europäischen Sozialmodells – Politik, Ökonomie und Gesellschaft – wissenschaftlich einzufangen. Dem nachfolgenden Review-Artikel von *Ilona Ostner* schließen sich daher zunächst drei Beiträge an, die durch einen allgemeineren, grundsätzlicheren Zugang zur Thematik des Jahrbuchs charakterisiert sind: *Hartmut Kaelble* fragt nach den historischen Wurzeln und Antriebskräften des Europäischen Sozialmodells; *Aliki Lavranu* beleuchtet die Widersprüche und Ambivalenzen der Debatten über eine „europäische Identität“; und *Colin Crouch* diskutiert das mögliche Schicksal der institutionalisierten Vielfalt Europas unter veränderten politisch-ökonomischen Bedingungen. Drei weitere Beiträge beschäftigen sich anschließend mit den Perspektiven europäischer Politik (bzw. der Politik in Europa): *Hans-Jürgen Bieling* skizziert die zentralen Tendenzen regulativen Wandels im (EU-)europäischen Institutionensystem; *Klaus Detterbeck* erkundet den Beitrag der Parteien zu Aufstieg und Fall des Europäischen Sozialmodells; und *Christine Trampusch* kommentiert die aktuelle „benchmarking“-Diskussion in Europa mit einem Rückblick auf die Ergebnisse vergangener politischer Lernprozesse. *Franz Traxler* mit einer Analyse unterschiedlicher Ansätze der Arbeitsmarktregulierung in Europa und *Christoph Schmitt* mit seiner vergleichenden Untersuchung der Einkommensungleichheit und ihrer Dynamik in Deutschland und den USA thematisieren Eigenarten und Entwicklungstendenzen der europäischen Ökonomie(n). *Sabine Weilands* Blick auf umweltpolitische Regulationsmechanismen in Deutschland und Großbritannien sowie *Angelika von Wahls* Beitrag zu europäischen Gleichstellungsregimen und ihrer möglichen Konvergenz schließlich verweisen auf Besonderheiten europäischer Gesellschaften insbesondere im Vergleich zu jenen ‚amerikanischen Verhältnissen‘, die eben nicht nur – wie einleitend erwähnt – den Protagonisten der europäischen Politik, sondern auch den europäischen Sozialwissenschaften als Mittel des Kontrastes und der Selbstdefinition des „Europäischen“ dienen.

Anmerkungen

- 1 Es handelt sich dabei um erste Erkenntnisse aus Vorarbeiten für ein umfassenderes Forschungsprojekt über das Europäische Sozialmodell. Diese wie auch das vorliegende Jahrbuch selbst sind im institutionellen Kontext des am Zentrum für Europa- und Nordamerika-Studien angesiedelten Graduiertenkollegs „Die Zukunft des Europäischen Sozialmodells“ entstanden.
- 2 Für jede unserer drei Dimensionen wurden jeweils drei Indikatoren untersucht (Politik: Wahlsystem, Kammerstruktur, Föderalismus; Ökonomie: Korporatismus, Koordination, Verteilung; Gesellschaft: Organisationsgrad, Protestpotential, formalisierter Einfluß); die Länderauswahl umfaßte 18 OECD-Staaten, einschließlich vier nicht-europäischer Kontrastfälle.
- 3 Insbesondere für die skandinavische und die deutschsprachige Länderfamilie bzw. für die nord- und kontinentaleuropäischen Nationen kann dabei eine relativ starke Affinität zum „europäischen“ Idealtypus festgestellt werden.

Literatur

- Albert, Michel, 1991: *Capitalisme contre capitalisme*, Paris.
- Albert, Michel, 1998: Die Zukunft der Sozialmodelle des europäischen Kontinents, in: Wolfgang Streeck (Hrsg.), *Internationale Wirtschaft, nationale Demokratie. Herausforderungen für die Demokratietheorie*, Frankfurt/New York, 195-209.
- Anderson, Benedict, 1983: *Imagined Communities. Reflections on the Origin and Spread of Nationalism*, London.
- Aust, Andreas, 2000: „Dritter Weg“ oder „Eurokeynesianismus“? Zur Entwicklung der Europäischen Beschäftigungspolitik seit dem Amsterdamer Vertrag, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 29, 269-282.
- Aust, Andreas, Sigrid Leitner und Stephan Lessenich, 2000: Das „Europäische Sozialmodell“: Von reichen Onkeln, armen Verwandten und der gut situierten Kernfamilie, Göttingen [unveröffentlichtes Manuskript].
- Baldwin, Peter, 1996: Can We Define a European Welfare State Model?, in: Bent Greve (Hrsg.), *Comparative Welfare Systems. The Scandinavian Model in a Period of Change*, London/Basingstoke, 29-44.
- Borchert, Jens, 1995: Die konservative Transformation des Wohlfahrtsstaates. Großbritannien, Kanada, die USA und Deutschland im Vergleich, Frankfurt/New York.
- Bürgin, Alfred und Thomas Maissen, 1999: Zum Begriff der politischen Ökonomie heute, in: *Geschichte und Gesellschaft* 25, 177-200.

- Castles, Francis G., 1993: Introduction, in: Francis G. Castles (Hrsg.), *Families of Nations. Patterns of Public Policy in Western Democracies*, Aldershot u.a., xiii-xxiii.
- Crouch, Colin, 1999: *Social Change in Western Europe*, Oxford.
- Esping-Andersen, Gøsta, 1990: *The Three Worlds of Welfare Capitalism*, Cambridge.
- Esping-Andersen, Gøsta, 1996: After the Golden Age? Welfare State Dilemmas in a Global Economy, in: Gøsta Esping-Andersen (Hrsg.), *Welfare States in Transition. National Adaptations in Global Economies*, London u.a., 1-31.
- Esping-Andersen, Gøsta, 1999: *Social Foundations of Postindustrial Economies*, Oxford.
- Ferrera, Maurizio, 1998: The Four ‚Social Europes‘: Between Universalism and Selectivity, in: Martin Rhodes und Yves Mény (Hrsg.), *The Future of European Welfare. A New Social Contract?*, Basingstoke/London, 81-96.
- Ferrera, Maurizio, Anton Hemerijck und Martin Rhodes, 2000: *The Future of Social Europe: Recasting Work and Welfare in the New Economy*, Report for the Portuguese Presidency of the European Union, o.O. [unveröffentlichtes Manuskript].
- Gough, Ian, 1998: Social aspects of the European model and its economic consequences, in: Wolfgang Beck, Laurent van der Maesen und Alan Walker (Hrsg.), *The Social Quality of Europe*, Bristol, 89-108.
- Grahl, John und Paul Teague, 1997: Is the European Social Model Fragmenting?, in: *New Political Economy* 2, 405-426.
- Greven, Michael Th., 1999: Die politische Gesellschaft. Kontingenz und Dezsion als Probleme des Regierens und der Demokratie, Opladen.
- Ismayr, Wolfgang, 1997: Die politischen Systeme Westeuropas im Vergleich, in: Wolfgang Ismayr (Hrsg.), *Die politischen Systeme Westeuropas*, Opladen, 9-52.
- Jacquemin, Alexis und David Wright (Hrsg.), 1993: *The European Challenges Post 1992. Shaping Factors, Shaping Actors*, Aldershot.
- Kaelble, Hartmut, 1987: *Auf dem Weg zu einer europäischen Gesellschaft. Eine Sozialgeschichte Westeuropas 1880-1980*, München.
- Kaelble, Hartmut, 1997: Europäische Vielfalt und der Weg zu einer europäischen Gesellschaft, in: Stefan Hradil und Stefan Immerfall (Hrsg.), *Die westeuropäischen Gesellschaften im Vergleich*, Opladen, 27-68.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 1994: *Europäische Sozialpolitik. Ein zukunftsweisender Weg für die Union* (Weißbuch), Brüssel.
- Kowalsky, Wolfgang, 1999: *Europäische Sozialpolitik. Ausgangsbedingungen, Antriebskräfte und Entwicklungspotentiale*, Opladen.
- Kuper, Ernst, 1997: Der Kontrakt des Architekten: Das ‚soziale Europa‘ nach Jacques Delors, in: Jens Borchert, Stephan Lessenich und Peter Lösche (Red.), *Standortrisiko Wohlfahrtsstaat? Jahrbuch für Europa- und Nordamerika-Studien* 1, Opladen, 187-210.
- Leitner, Sigrid, 1999: Frauen und Männer im Wohlfahrtsstaat. Zur strukturellen Umsetzung von Geschlechterkonstruktionen in sozialen Sicherungssystemen, Frankfurt am Main u.a.

- Lenhardt, Gero und Claus Offe, 1977: Staatstheorie und Sozialpolitik. Politisch-soziologische Erklärungsansätze für Funktionen und Innovationsprozesse der Sozialpolitik, in: Christian von Ferber und Franz-Xaver Kaufmann (Hrsg.), *Soziologie und Sozialpolitik, Sonderheft 19/1977 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Opladen, 98-127.
- Lessenich, Stephan und Ilona Ostner (Hrsg.), 1998: *Welten des Wohlfahrtskapitalismus. Der Sozialstaat in vergleichender Perspektive*, Frankfurt/New York.
- Münkler, Herfried, 1991: Europa als politische Idee. Ideengeschichtliche Facetten des Europabegriffs und deren aktuelle Bedeutung, in: *Leviathan* 19, 521-541.
- OECD, 1994: *OECD Beschäftigungsstudie. Fakten, Analysen, Strategien*, Paris.
- Rhodes, Martin und Yves Mény, 1997: *Europe's Social Contract under Stress*, in: Martin Rhodes und Yves Mény (Hrsg.), *The Future of European Welfare. A New Social Contract?*, Basingstoke/London, 1-19.
- Ross, George, 1995: *Jacques Delors and European Integration*, New York.
- Scharpf, Fritz W., 1999: *Regieren in Europa. Effektiv und demokratisch?*, Frankfurt/New York.
- Soskice, David, 1990: *Reinterpreting Corporatism and Explaining Unemployment: Co-ordinated and Non-co-ordinated Market Economies*, in: Renato Brunetta und Carlo Dell'Aringa (Hrsg.), *Labour Relations and Economic Performance*, Basingstoke/London, 170-211.
- Soskice, David, 1999: *Divergent Production Regimes: Coordinated and Uncoordinated Market Economies in the 1980s and 1990s*, in: Herbert Kitschelt, Peter Lange, Gary Marks und John D. Stephens (Hrsg.), *Continuity and Change in Contemporary Capitalism*, Cambridge, 101-134.
- Therborn, Göran, 1993: *Beyond the Lonely Nation-State*, in: Francis G. Castles (Hrsg.), *Families of Nations. Patterns of Public Policy in Western Democracies*, Aldershot u.a., 329-340.
- Therborn, Göran, 1997: *Europe in the Twenty-first Century: The World's Scandinavia?*, in: Peter Gowan und Perry Anderson (Hrsg.), *The Question of Europe*, London, 357-384.
- Weber, Max, 1988 [1904]: *Die „Objektivität“ sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis*, in: Max Weber, *Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre*, herausgegeben von Johannes Winckelmann, 7. Auflage, Tübingen, 146-214.

Review-Essay:

Auf der Suche nach dem Europäischen Sozialmodell

Ilona Ostner

1. Delors' Vision

Als Jacques Delors Mitte der 1990er Jahre vom Europäischen Sozialmodell sprach, wollte er vor allem das herausheben, was die EU-Europäer über alle Unterschiede hinweg einer europäischen Identität längerfristig zugrunde legen könnten. Das Konzept selbst blieb diffus. Jede nähere Bestimmung der konstitutiven Elemente jenes Europäischen Sozialmodells hatte bald mit der Schwierigkeit der vielen Abweichungen zu kämpfen: Nicht alle Mitgliedsländer der EU setzten gleichermaßen auf Kooperation und Konsens, Solidarität und Subsidiarität; nicht alle sorgten ebenso für Nichterwerbstätige wie für Erwerbstätige. Problematisch erschien auch die geographische Beschränkung. Kanada, Australien oder Neuseeland sind schließlich nahe Verwandte. Empirisch ließen sich allein innerhalb EU-Europas wenigstens vier Sozialmodelle unterscheiden. Und jedes dieser Sozialmodelle war spätestens seit Beginn der 1990er Jahre einem wachsenden Veränderungsdruck ausgesetzt. Die Rede vom Europäischen Sozialmodell – falls davon überhaupt die Rede war – zielte auf einen beweglichen Punkt, der im Dunkeln lag und nur durch den Vergleich mit den USA oder der übrigen Welt an Konturen gewann.

2. Was zu verschwinden droht, wird sichtbar

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts spekulieren Sozialwissenschaftler über die Überlebenschance und die möglichen Zukünfte *des* Europäischen Sozialmo-